

ZÜRCHER FREISINN

Wir machen Zürich stark!

QR-Code mit der
TWINT App scannen
Betrag und Zahlung
bestätigen



**JETZT
MIT TWINT SPENDEN**

EDITORIAL

**Angriff auf den Mittelstand
abwehren**
von Filippo Leutenegger

Seite 3

PARTEIPROGRAMM

**Die FDP schärft an ihrem
Parteitag ihr Profil mit
klaren Positionen**

Seite 4 und 5

AUS DEM KANTONSRAT

**Um Gemeinden zu entlasten:
FDP fordert Obergrenze für
Asylaufnahmekote**

Seite 6



Bild: André Springer

Migration, Vorsorgevermögen

Wir pochen auf eine konsequente Asyl- politik und wehren uns für den Mittelstand

Am Parteitag haben wir die zu starke Zuwanderung kritisiert und ein konsequentes Vorgehen in der Asylpolitik gefordert. Die FDP hat diesen Kurs nun im Kantonsrat mit einem neuen Vorstoss aufgenommen. Eine Obergrenze bei der Asylaufnahmekote soll die Gemeinden entlasten. In dieser Ausgabe des «Zürcher Freisinn» setzen wir dazu einen Schwerpunkt. Im Fokus steht zudem der frontale Angriff auf die Vorsorgevermögen – ein Angriff auf den Mittelstand. Wir wehren uns!

Seite 3



Auf dem richtigen Weg

Vertrauensbeweis für bürgerlich-liberale Politik

Liebe Freisinnige

Die FDP darf jubeln: Nach dem Erfolg im Kanton Schaffhausen konnte auch die FDP Aargau bei den Grossrats- und Regierungsratswahlen feiern: Mit der glanzvollen Wiederwahl von Regierungsrat Stephan Attiger und einem Sitzgewinn im Grossen Rat durfte die Kantonalpartei von der Aargauer Bevölkerung einen Vertrauensbeweis für ihre bürgerlich-liberale Politik entgegennehmen. Ebenso konnten wir in Basel die Sitze halten. Es ist ein klares Votum für uns Freisinnige, die wir für mehr Freiheit und gegen staatlichen Interventionismus und Bevormundung eintreten. Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg!

Klares Zeichen gegen die illegale Migration

Mit der Verabschiedung des Positionspapiers «Stopp der illegalen Migration» verdeutlicht die FDP ihre langjährigen Forderungen zur Asylpolitik unter der Devise «Hart, aber fair». In ganz Europa sorgt der Missbrauch des Asylrechts für Missstände und Unmut. Bei uns müssen die Kantone und Gemeinden die Folgen der illegalen Migration ausbaden. Soll die Bevölkerung aber die humanitäre Tradition unseres Landes weiterhin mittragen, müssen wir die Missstände offen ansprechen und bekämpfen. Das tun wir unter der Prämisse «Recht durchsetzen, Grenzen sichern, Sozialsysteme schützen».

Faire Regeln für Vermieter und Mieter

Die Linken betreiben ihre ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik auch im Wohnungswesen weiter. In den linksorientierten Städten blockieren sie jeden Fortschritt und verhindern so jegliche Lösungen zur Schaffung von mehr Wohnraum. Es braucht aber auch faire Regeln für Vermieter und Mieter. Die Mietrechtsrevision ermöglicht sinnvolle und pragmatische Massnahmen gegen die ausufernde Regulierung in den Bereichen der Untervermietung und der Einhaltung des Eigenbedarfs. Die neuen Regeln sind unbürokratisch und die Rechte der Mieter werden in keiner Weise geschmälert.

JA zur Beseitigung von Fehlanreizen im Gesundheitswesen

Das Schweizer Gesundheitswesen hat zu viele Fehlanreize, die zur Kostensteigerung beitragen. Reformen sind dringend notwendig. Mit der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) wird einer der teuersten Fehler im System korrigiert. Ambulante und stationäre Leistungen sollen zukünftig nach demselben Kostenteiler finanziert werden. Mit dieser überfälligen Reform ermöglichen wir eine bessere Kostenkontrolle, stellen die Bedürfnisse der Patienten ins Zentrum und erhalten unser hervorragendes Pflegesystem.

JA zu mehr Sicherheit und weniger Engpässen auf unseren Strassen

Mit dem Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen (STEP) werden sechs Engpässe beseitigt. Wenn der Verkehr auf den grossen Verkehrsachsen fliesst, werden Städte und Gemeinden vom schädlichen Ausweichverkehr entlastet und die Sicherheit im Strassenverkehr – auch die Schulwegsicherheit! – erhöht. Wir alle profitieren, denn die Investitionen in die Nationalstrassen sind ein wichtiges Puzzleteil für das gesamte Verkehrsnetz. Und wir brauchen beides: Schiene und Strasse! Die Finanzierung erfolgt weder über die allgemeine Bundeskasse, noch werden die Steuerzahler zusätzlich belastet. Denn die Mittel stammen aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Gespiessen wird dieser Fonds durch die Strassenbenutzerinnen und -benutzer.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Angriff auf den Mittelstand abwehren

Editorial des Präsidenten

Die FDP entlastet den Mittelstand, betont die Verantwortung eines jeden Einzelnen und will unnötige staatliche Eingriffe verhindern. Das haben wir am Parteitag im September im neuen Parteiprogramm beschlossen. Nun greift der Bundesrat willkürlich nach dem wohl erworbenen Vorsorgevermögen – und wir sind gefordert!

Der Bundesrat erwägt als Zugeständnis an die Linke, die Steuern auf die Bezüge von Vorsorgekapital zu erhöhen. Das wäre katastrophal. Bestraft würden damit die Sparsamen, bestraft würden jene, die eigenverantwortlich schon in jungen Jahren an ihre Altersvorsorge denken. Der Mittelstand würde noch stärker unter Druck geraten. Das ist nicht akzeptabel. Die FDP Schweiz hat eine Petition gegen dieses Vorhaben lanciert. Bisher haben über 40 000 Personen unterschrieben. Das finde ich stark und ich lade Sie ein, die Petition auch zu unterschreiben (siehe QR-Code).

Petition –
auch zu
unterschreiben:



Statt nach dem Vorsorgevermögen der Bürgerinnen und Bürger zu greifen, muss der Staat Prioritäten setzen – und endlich das Wachstum der Ausgaben drosseln. Die Steuereinnahmen steigen stetig. Diese Mittel sind sorgsamer und effizienter einzusetzen – den spendenden Menschen weiter in die Tasche zu greifen, ist der falsche Ansatz.

Keine Selbstverständlichkeit ist zudem, dass die Steuereinnahmen ewig weiter sprudeln. Namentlich im Kanton Zürich ist der Handlungsbedarf gross. Der Standort Zürich ist für Unternehmen steuerlich heute nicht mehr attraktiv. Im Steuerbe-

«Statt nach dem Vorsorgevermögen der Bürgerinnen und Bürger zu greifen, muss der Staat Prioritäten setzen – und endlich das Wachstum der Ausgaben drosseln.»

lastungsindex von BAK Economics rangiert der Kanton Zürich auf dem 25. Platz – nur Bern ist schlechter platziert. Dadurch sind viele Arbeitsplätze akut gefährdet.

Umso erfreulicher ist, dass der Kantonsrat Gegensteuer gibt. Eine breite Allianz aus FDP, SVP, Die Mitte und GLP hat sich mit 110:65 Stimmen klar für die Umsetzung des zweiten Schrittes der Steuervorlage 17 ausgesprochen. Damit würde die Steuerbelastung für Unternehmen insgesamt um bescheidene 1,5 Prozentpunkte von 19,7 auf 18,2 Prozent sinken (direkte Bundessteuer, Staats-



und Gemeindesteuern am Beispiel der Stadt Zürich).

Die Linke ergreift aus ideologischen Gründen das Referendum. Wir werden im Abstimmungskampf im Jahr 2025 gefordert sein. Ich sehe das Thema als Chance. Denn zwischen Wirtschaft und Gesellschaft besteht kein Gegensatz, wie ihn die Linke dauernd zelebriert. Was die «Wirtschaft» erschafft, erfindet, ermöglicht – das nützt uns allen, insbesondere auch dem Staat. Doch dafür braucht die Wirtschaft ein gutes Umfeld.

Herzlich

Filippo Leutenegger
Präsident FDP Kanton Zürich

AGENDA

24. November:

Eidgenössische Abstimmungen

29. November: Jahresschlussessen

23. Dezember – 3. Januar:

Geschäftsstelle geschlossen

18. Januar:

Eidgenössische Delegiertenversammlung

21. Januar: a. o. Delegiertenversammlung

Unsere Parolen zu den nationalen Abstimmungen am 24. November

Einheitliche Finanzierung der Gesundheitsleistungen

✓ Ja

2x Ja zum Mietrecht

✓ Ja

Sicherung der Nationalstrassen

✓ Ja

www.fdp.ch/19/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100

Bild: André Springer



Chancen packen – für Freiheit und Fortschritt 10 Positionen aus dem neuen Parteiprogramm

Die FDP schärft an ihrem Parteitag ihr Profil mit klaren Positionen

Die FDP Kanton Zürich hat unter dem Titel «Chancen packen – für Freiheit und Fortschritt» ihren Parteitag abgehalten. Unter der Leitung von Parteipräsident Filippo Leutenegger wurde ein neues Parteiprogramm vorgestellt, welches die Weichen für die Zukunft stellt. Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach von einem «historischen Parteitag».

In enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Bezirksparteien präsentierte Parteipräsident Filippo Leutenegger und sein Team zudem eine klare Vision für die zukünftige Ausrichtung der Partei. Ein zentrales Anliegen ist die Stärkung der FDP als innovative und zukunftsorientierte Kraft im Kanton Zürich. «Wir wollen die FDP als Partei der Vernunft und des Fortschritts positionieren. Es geht darum, konkrete Lösungen für die Probleme zu finden, die Bürger und die Unternehmen in unserem Land beschäftigen.» Hierzu hat man sich im Vorfeld mit allen Bezirksparteien getroffen und ausgetauscht. Das neue Parteiprogramm ist damit vor allem eines: eine Teamarbeit.

Zwei Volksinitiativen geplant

Ein weiterer zentraler Punkt des Parteitags war die Ankündigung von zwei Volksinitiativen, wie der Blick berichtet. So soll mit der geplanten Volksinitiative «Personalbremse» das Staatswachstum ausgebremst werden. Die Zahl der Beschäftigten in

der Zentralverwaltung soll nicht stärker als die Bevölkerung im Kanton Zürich wachsen. «In den vergangenen Jahren hätten so rund 2300 Stellen oder 24 Millionen Franken eingespart werden können», so Vizepräsident Matt Müller, der die Vorlage präsentierte. Fraktionspräsident Claudio Zihlmann doppelte mit einer zweiten Volksinitiative zum Thema Bauen und Wohnen nach. Gegenüber dem Blick nannte er als Stossrichtung unter anderem gelockerte Bauvorschriften und raschere Bewilligungsverfahren.

Der Saal im Careum-Auditorium war fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Über 300 FDP-Mitglieder und Gäste fanden sich ein, um über das neue Parteiprogramm zu beraten. Der Parteitag zeigte sich als Plattform für eine engagierte Diskussion und den Austausch von Ideen. Die FDP Zürich setzt auf eine konstruktive Zusammenarbeit innerhalb der Partei, um die gesteckten Ziele zu erreichen. «Wir stehen vor spannenden Herausforderungen, aber ich bin überzeugt, dass wir mit dem

neuen Programm und unserer engagierten Basis auf dem richtigen Weg sind», so Leutenegger abschliessend. Zum Ausklang des «historischen Parteitags» gab es Würste und Bier. «Ein neuer Stil hält Einzug bei den Freisinnigen», kommentierte die NZZ. (tbi)

Die zehn Eckpunkte unseres neuen Parteiprogramms:

1 Mittelstand und KMU wirksam entlasten

Der Mittelstand und unsere KMU sind die tragenden Säulen des Schweizer Erfolgsmodells. Sie stehen jedoch unter Druck wegen überbordender staatlicher Auflagen sowie steigender Abgaben und Steuern. Die FDP setzt sich für den Mittelstand und die KMU ein. Ebenso müssen wir den weltweit tätigen Unternehmen und guten Steuerzahlern Sorge tragen, die einen Grossteil der Steuerlast tragen.



tt:
mm

«Wir stehen vor spannenden Herausforderungen, aber ich bin überzeugt, dass wir mit dem neuen Programm und unserer engagierten Basis auf dem richtigen Weg sind.»

2 Wettbewerbsfähigkeit durch starkes Bildungssystem

Die Volksschule ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Die Integration von Kindern mit speziellen Bedürfnissen stellt jedoch eine grosse Herausforderung dar. Wir setzen uns für eine erfolgreiche Volksschule ein, um unser duales Berufsbildungssystem zu sichern und die Gymnasialquote im Kanton Zürich auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren. Dies wiederum stärkt unsere Hochschulen als Spitzenstandorte für Forschung und Entwicklung

3 Sicherheit für unsere Bevölkerung

Ohne Sicherheit keine Freiheit. Doch das Sicherheitsempfinden, gerade im öffentlichen Raum, hat abgenommen. Wir sehen Bedrohungen durch Kriege, Terrorismus, Banden, mafiose Strukturen und Cyberangriffe. Auch unsere Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen sind verletzlicher geworden. Wir müssen diesen Gefahren aktiv entgegenreten und die Sicherheit unserer Bevölkerung stärken.

4 Bauen vereinfachen – für mehr Wohnraum

Staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt – staatliches Vorkaufsrecht, rigide Massnahmen zum Mieterschutz, ein weitgehender Denkmalschutz und eine überbordende Bürokratie –

verhindern den Bau von dringend benötigtem Wohnraum und tragen zu höheren Mieten bei. Dagegen wehren wir uns. Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen, insbesondere Junge, erfüllen lässt.

5 Zuwanderung beschränken – hart, aber fair

Unsere Schulen und Gemeinden stossen aufgrund des hohen Anteils an Migrantinnen und Migranten an ihre Grenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen weiterhin unbürokratischen Zugang zu Fachkräften aus aller Welt haben. Gesetzeswidrige Migration hingegen tolerieren wir nicht. Wirtschaftsflüchtlinge und unkontrollierte illegale Einwanderung in unsere Sozialsysteme müssen gestoppt werden. Sozialtourismus ist zu bekämpfen, die Zuwanderung in unser Land ist zu beschränken und Missstände im Asylbereich sind zu beheben.

6 Stromversorgung sicherstellen – Blackouts verhindern

Wir sind auf genügend Strom aus unterschiedlichsten Quellen angewiesen. Energieengpässe oder gar Blackouts hätten verheerende wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen und müssen verhindert werden. Die Versorgungssicherheit ist jederzeit zu gewährleisten.

7 Hochstehende und bezahlbare Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitskosten explodieren und die

Prämien steigen immer weiter. Das muss ein Ende haben. Dafür müssen die Ursachen angegangen werden. Gleichzeitig wollen wir allen Menschen eine qualitativ hochstehende medizinische Versorgung sichern.

8 Mobilität im Kanton Zürich – reibungslos und zukunftsorientiert

Mobilität ist grundlegend für unser Leben und muss zukunftsorientiert gestaltet werden. Statt auf Verbote und Einschränkungen zu setzen, fordern wir die freie Wahl des Verkehrsmittels.

9 Umwelt schützen – nachhaltig für die nächste Generation

Mit einem wirksamen Schutz der Umwelt sichern wir attraktive Lebensräume in unserem Kanton. Unsere Verantwortung gegenüber der nächsten Generation verpflichtet uns, die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten.

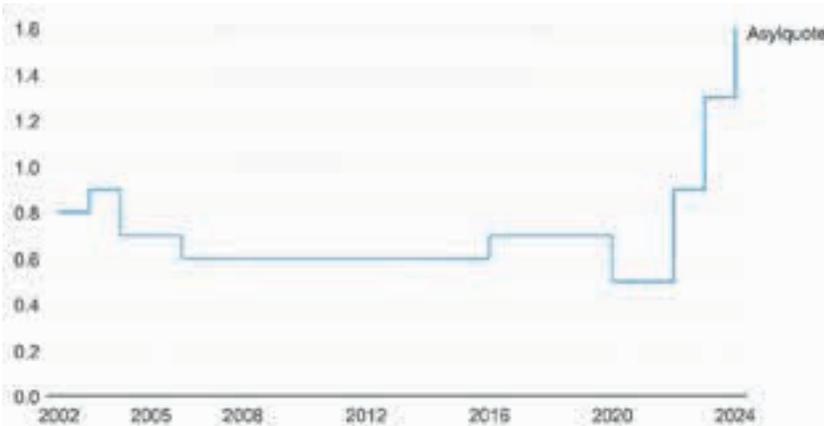
10 Starke Gemeinden für einen starken Kanton

Gemeindeautonomie und ein gesunder Wettbewerb zwischen den Gemeinden schaffen bessere Lösungen.

Dies ist eine gekürzte Version unseres neuen Parteiprogramms, das am 14. September 2024 vom Parteitag der FDP Kanton Zürich beschlossen wurde. Die ganze Version findest du unter: <https://www.fdp-zh.ch/aktuelles/news/>

Um Gemeinden zu entlasten: FDP fordert Obergrenze für Asylaufnahmequote

Aus dem Kantonsrat



Grafik: PD

Bei den Freisinnigen weht ein neuer Wind. Kaum hat die Partei an ihrem Parteitag eine Verschärfung der Migrationspolitik beschlossen, folgt im Zürcher Kantonsparlament ein konkreter Vorschlag. Eine Obergrenze bei der Asylaufnahmequote soll die Gemeinden entlasten und der Bevölkerung das Vertrauen in das Asylsystem zurückgeben.

Die Asylquote ist für viele Zürcher Gemeinden eine Herausforderung. Trotzdem hat der Regierungsrat im Juli die Quote weiter auf neu 1,6 Prozent erhöht (siehe Grafik).

An ihrem vergangenen Parteitag hat die FDP des Kantons Zürich jüngst eine härtere Gangart in der Migrationspolitik beschlossen (siehe Seite 5). Der Freisinn hat sich auf die Fahne geschrieben, die Wirtschaftsmigration einzudämmen und die Zuwanderung zu reduzieren. Dass dies alles andere als ein leeres Wahlkampfversprechen ist, zeigt sich nun im Zürcher Kantonsparlament. «Wir nehmen die Stimmen aus der Bevölkerung und die Sorgen aus den Gemeinden ernst und wollen deshalb mit konkreter Gesetzesanpassung die angespannte Asylsituation beheben», sagt FDP-Kantonsrat und Mitunterzeichner einer entsprechenden parlamentarischen Initiative, Yiea Wey Te.

Ein zentraler Bestandteil der FDP-Forderung ist, dass den Gemeinden nur Asylsuchende mit einem rechtskräftigen Entscheid zugewiesen werden. «Asylsuchende ohne klaren Status in die Gemeinden zu schicken, überlastet die Strukturen. Nur Personen mit abgeschlossenem Verfahren sollten zugewiesen werden, damit sinnvolle Integrationsmassnahmen geplant und umgesetzt werden

können», erläutert Kantonsrätin Linda Camenisch das Ziel des parlamentarischen Vorstosses. Die Asylexpertin betont, dass Personen mit einem Nichteintretensentscheid grundsätzlich nicht in die Gemeinden gelangen sollten.

«Asylsituation darf nicht schöngeredet werden»

Die ohnehin angespannte Situation wird zusätzlich durch die kürzlich angekündigte Schliessung von neun temporären Bundesasylzentren (BAZ) bis Januar 2025 verschärft. «Die Schliessung von Asylzentren durch den Bund ist angesichts der explodierenden Asylzahlen schlicht verantwortungslos. Statt Kapazitäten abzubauen, muss der Bund endlich seine Rückführungspolitik konsequent umsetzen und die Verfahren effizienter gestalten», sagt Filippo Leutenegger, Parteipräsident der FDP Kanton Zürich. Leutenegger fordert vom Bund zudem eine entschlosseneren Gangart für Personen mit Status S, insbesondere für Schutzsuchende aus der Ukraine: «Der Schutzstatus S ist eine vorübergehende Aufnahme, keine Einladung zum Verbleib. Der Bund muss hier auf eine vollständige Integration in den Arbeitsmarkt oder auf die konsequente Rückkehr hinarbeiten.» (tbi)

Diese Vorstösse wurden von der FDP im Zürcher Kantonsrat eingereicht oder behandelt



Parlamentarische Initiative 59/2024: «Bezahlkarte für alle Asylbewerber»

FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch setzte sich im Kantonsrat zusammen mit der SVP dafür ein, dass Asylbewerber künftig eine Bezahlkarte statt Bargeld erhalten. In Deutschland wird dieses System gerade für Asylbewerber eingeführt, und die ersten Landkreise haben bereits positive Erfahrungen damit gemacht. Für «echte Flüchtlinge» sei die Einschränkung klein, andere würde sie jedoch abschrecken. Es handelt sich um eine Massnahme gegen das System der Schlepperbanden, nicht gegen die Asylsuchenden. Die linken und Mitte-Parteien wehrten sich dennoch gegen diesen Vorschlag im Kantonsrat und lehnten die Idee mit 94 zu 77 Stimmen ab. Ganz beendet ist die Debatte jedoch nicht: Eine parlamentarische Initiative von SVP und FDP zum gleichen Thema wurde mit 72 Stimmen vorläufig unterstützt – 60 Stimmen wären nötig gewesen. Die Vorlage geht nun zur Ausarbeitung an die zuständige Kommission, danach wird das Parlament erneut darüber entscheiden.

Parlamentarische Initiative 330/2024: «Gesetzliche Festlegung der Obergrenze bei der Aufnahmequote von Asylsuchenden»

FDP-Kantonsrat Yiea Wey Te reichte am 30. September 2024 gemeinsam mit FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch und einem Vertreter der SVP eine parlamentarische Initiative zur Festlegung einer Asylobergrenze ein (siehe Artikel links). Die parlamentarische Initiative zielt darauf ab, eine verträgliche Obergrenze von 1,0 Prozent der Bevölkerung als maximale Aufnahmequote festzulegen. Zudem soll gesetzlich verankert werden, dass den Gemeinden nur Personen zugewiesen werden, deren Asylverfahren bereits abgeschlossen sind und die keinen Nichteintretensentscheid erhalten haben. So soll das ursprüngliche Prinzip der sinnvollen Zuweisung gewahrt bleiben. Die FDP verlangt, dass der Regierungsrat ein weit-sichtiges Konzept zur Bewältigung der Asylsituation entwickelt.

Begrenzung der Asylaufnahmequote soll die Gemeinden entlasten

Aus dem Kantonsrat

Das Thema Asyl belastet die Gemeinden stark. Mitte Jahr hat der Kanton Zürich die Asylquote auf 1,6 Prozent erhöht. Seit dem 1. Juli muss jede Gemeinde im Kanton 16 Flüchtlinge pro 1000 Einwohner unterbringen. Bereits 2023 wurde die Quote von 0,9 auf 1,3 Prozent erhöht. Die FDP hat nun im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative mit lanciert, die Entlastung bringen soll. Kantonsrätin Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) erläutert Beweggründe und Ziele.

Linda Camenisch, was genau fordern Sie mit der parlamentarischen Initiative?

Mit der Festlegung der Asylquote auf 1,0 Prozent erhalten die Gemeinden eine längerfristige Planungssicherheit.

Im Asylbereich gehört es zur Natur der Sache, dass es Schwankungen gibt. Müssen da die Gemeinden nicht flexibel sein – und in schwierigen Zeiten abzufedern helfen?

In den letzten zehn Jahren mussten die Gemeinden erhebliche Schwankungen betreffend der Aufnahmequote umsetzen. Mal wurde diese kurzfristig hinaufgesetzt, mal wieder nach unten korrigiert. Die 1,0 Prozent sind aus Erfahrung ein für die Gemeinden verkraftbarer Wert. In der Zwischenzeit sind Infrastrukturen für diese Grössenordnung praktisch überall vorhanden.

Die Gemeinden sind im Asylbereich das letzte Glied in der Kette. Der Bund weist die Asylsuchenden den Kantonen zu, der Kanton reicht sie dann den Gemeinden weiter. Ist es in diesem System realistisch, eine fixe Quote für die Gemeinden festzuschreiben – oder ist das eher ein Hilfeschrei?

Es ist ein pragmatischer Lösungsansatz. Den Gemeinden dürfen nur Personen zugewiesen werden, wenn das Verfahren durchgeführt und abgeschlossen ist. Dann können auch sinnvolle Integrationsmassnahmen umgesetzt werden. Personen mit einem Nichteintretensentscheid dürfen grundsätzlich nicht einer Gemeinde zugeführt werden.

Was erwarten Sie vom Kanton in der Asylpolitik?

Das Flüchtlings- und Asylwesen ist eine Verbundaufgabe aller drei Staatsebenen. Bund und Kanton müssen also bereits selber über ein Planungskon-

«Das Asylgesetz muss konsequent und effizient angewendet werden.»

zept betreffend Unterkünfte verfügen und dieses dann auch konsequent umsetzen. Die Gemeinden dürfen nicht weiterhin als Überdruckventil benutzt und missbraucht werden.

Mit Blick auf die Kriege und Konflikte weltweit dürfte sich die Lage kaum rasch beruhigen. Da ist auch der Bund weitgehend machtlos. Was aber kann er tun, damit der Andrang bewältigbar ist und die Politik von der Bevölkerung getragen wird?

Aktuell schliesst der Bund neun temporäre Asylunterkünfte aufgrund sinkender Asylzahlen. Im Kanton fehlen derweil Unterbringungsplätze. Das zeigt schön auf, dass die Asylpolitik nicht koordiniert durchgeführt wird. Das Asylgesetz muss konsequent und effizient angewendet werden. Es benötigt raschere Entscheide. Abgelehnte Personen müssen die Schweiz ohne Wenn und Aber wieder verlassen und in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Der Bund ist gefordert, diese Staaten in die Pflicht zu nehmen. Unser System steht unter starkem Druck und wird teilweise missbraucht. Gleichzeitig muss auch beim Schutzstatus S, explizit eine vorübergehende und rückkehrorientierte Aufnahme, konsequent auf die Rückkehr hingearbeitet werden. (asü)



Linda Camenisch (69) ist Kantonsrätin und Mitglied der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG). Die Expertise für diese Themen konnte sich die Asylpolitikerin als Schulpflegerin und anschliessend langjährige Gemeinderätin sowie Präsidentin der Sozialbehörde der Stadt Wallisellen aneignen.

Y. W. Te mit seinen Eltern und seinen Brüdern in der Schweiz (1988). Quelle: Y. W. Te privat



Vom staatenlosen Flüchtlingskind zum Kantonsrat

Die Familiengeschichte von Yiea Wey Te

Ich bin Yiea Wey Te, Zürcher FDP-Kantonsrat, Gemeinderat in Unterengstringen, Oberstleutnant in der Schweizer Armee und ein Familienmensch – eine Biografie, die zunächst typisch schweizerisch anmutet. Doch an meinem etwas exotisch klingenden Namen hört man, dass die Herkunft eine andere ist. Zwar bin ich in Sursee geboren und in Emmenbrücke aufgewachsen, aber bis zu meiner Einbürgerung im Alter von neun Jahren war ich ein staatenloses Flüchtlingskind. Trotzdem setze ich mich heute in der Asylpolitik für eine Veränderung ein. Ich wurde oft gefragt, weshalb ich das tue. Dafür habe ich eine klare Antwort: Die Schweizer Asylpolitik muss neu gedacht werden.

Ich habe mir lange überlegt, ob ich meine Familiengeschichte so offen erzählen möchte. Denn unsere Vergangenheit hat eine tragische und sehr traurige Chronik. Und doch hat sie auch ein Happy End, weshalb ich beschlossen habe, sie mit euch zu teilen. Dies ist meine Geschichte als ehemaliges Flüchtlingskind in der Schweiz.

Verfolgung durch die Roten Khmer

In den 1970er-Jahren wurde meine Familie Opfer der Roten Khmer in Kambodscha. Einst erfolgreich in der Textilindustrie, verlor sie alles und wurde zur Arbeit auf den Feldern gezwungen. Schliesslich gelang ihr die Flucht, und sie wurde in ein Flüchtlingslager in Thailand gebracht. Obwohl mein Vater damals keinen Bezug zur Schweiz hatte, wusste er,



Y. W. Tes Eltern lernten sich in der Schweiz kennen (Ende 1970er-Jahre). Quelle: Y. W. Te privat

dass er in der Schweiz ein neues Leben starten möchte. Denn vor dem Kriegsausbruch lernte er in der Schule, dass die Schweiz den Schwächeren hilft und den Willigen die Möglichkeit gibt, etwas zu erreichen. Dieser Wunsch ging in Erfüllung, und er gelangte mit einem Teil seiner Familie in die Schweiz, wo er Asyl erhielt. Im Genozid wurden viele Familienmitglieder ermordet, so auch meine Grossväter.

Die Entscheidung, in die Schweiz zu kommen, hat sich als schicksalhaft erwiesen. Hier in der Schweiz lernte mein Vater seine zukünftige Frau – meine Mutter – kennen. Auch sie floh vor den Gräueltaten der Roten Khmer. Meine Eltern sind darüber sehr verschwiegen, der Schmerz sitzt bei ihnen zu tief.

«Im Gespräch sagte mein Vater mit Stolz, dass er damals sogar den Flug aus dem Flüchtlingslager in Thailand in die Schweiz zurückbezahlt habe und für den Unterhalt der ganzen Familie immer selbst aufgekommen sei.»

Aufwachsen als Secondo

Das junge Flüchtlingspaar hatte eine Vision für seine Kinder. Sie sollten mit guten Voraussetzungen in der Schweiz aufwachsen können, vor allem aber sollten sie die abscheuliche Zeit, wie die der Roten Khmer, niemals erleben müssen. Für die besagte Vision haben sie hart gearbeitet. In Schichten – der Vater in Nachtschicht, die Mutter in Tagesschicht – bauten sie Stück für Stück das Fundament auf, damit wir, die Secondos, eine bessere Kindheit erleben durften. Es bedeutete jedoch nicht, dass ich und meine zwei Brüder mit unserer Freizeit einfach machen durften, was uns gefiel. Im Gegenteil, wir wurden sehr bald in den Familienbetrieb eingebunden. Für uns war es jedoch selbstverständlich, dass die ganze Familie mit anpacken musste. Wenn unsere Freunde am Wochenende Fussball spielten, halfen wir drei Kinder im Restaurant mit. Dadurch lernten wir früh, Eigenverantwortung zu übernehmen.

Nach über 45 Jahren, seit meine Eltern in die Schweiz kamen, ist ihr Plan aufgegangen, und sie geniessen nun die Zeit wohlverdient als Rentnerpaar. Der eine Bruder hat das Familienrestaurant übernommen, der andere arbeitet als Data Scientist bei einer Schweizer Grossbank. Ich bin in der Lichtbranche im eigenen Betrieb tätig, den ich mit meinem besten Freund vor über zwölf Jahren gegründet habe. Meine berufliche Situation als Mitinhaber des Unternehmens gibt mir die genügende Flexibilität, im Milizsystem verschiedene Ämter wahrzunehmen. Einerseits machen mir die unterschiedlichen Funktionen Spass, andererseits ist es meine Art, Danke zu sagen. Ein aufrichtiges Dankeschön an die Schweiz dafür, dass sie damals meine Familie in der Not aufgenommen hat, eine Dankesbekundung für die Asylgewährung von rund 8000 Indochina-Flüchtlingsen während 1978 bis 1982, die sonst in diesen kommunistischen Ländern wahrscheinlich umgekommen wären.

Rückbesinnung auf humanitäre Tradition

Die humanitäre Hilfe hat in der Schweiz eine lange Geschichte. Diese Tradition muss unbedingt fortgeführt werden, dafür stehe ich ein. Am 30. Sep-

tember 2024 habe ich gemeinsam mit Linda Camenisch (Zürcher FDP-Kantonsrätin) eine parlamentarische Initiative zum Asylthema eingereicht. Diese Initiative schlägt eine kantonale Gesetzesanpassung vor, welche verlangt, dass in Zukunft nicht nur die Gemeinden, sondern auch der Kanton Zürich bei ausserordentlich hohen Flüchtlingsströmen in die Schweiz für die Unterbringung, die Betreuung und die Integration von Asylsuchenden sorgen soll. Nur gemeinsam können wir die diffizilen Herausforderungen im Asylwesen meistern.

Die Schweiz muss sich zurückbesinnen und sich wieder auf die humanitäre Hilfe konzentrieren. Wir brauchen eine Asylpolitik, die den echten Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten hilft. Indem man die illegale Migration stoppt und diese rückgängig macht, schafft man Plätze für die Schutzbedürftigen. Aus Erfahrung und eigener Geschichte stelle ich fest, dass insbesondere die echten Flüchtlinge äusserst bereit sind, ihren Beitrag an die Gesellschaft zu leisten. Zudem setzen sie alles daran, um keine Belastung für das Gastland Schweiz zu werden. Sie integrieren sich.

Beispiele gelungener Flüchtlingsintegration

Die Schweiz kann auf zahlreiche Beispiele erfolgreicher Integration von Flüchtlingsgruppen zurückblicken. Ehemalige Flüchtlinge aus Ländern wie Kambodscha, Tibet, Vietnam, Kroatien oder dem Kosovo (um nur einige zu nennen) haben sich hier beruflich etabliert, sind erfolgreich und geniessen heute breite Anerkennung in der Gesellschaft. Diese Erfolgsgeschichten belegen, dass mit der richtigen Unterstützung und dem Willen zur Integration diesen Menschen ermöglicht wird, einen wertvollen Beitrag zur Wirtschaft und zur Stabilität der Schweiz zu leisten. Sie sind ein Beweis dafür, dass Einsatz und Anpassungsbereitschaft langfristig zu Anerkennung und Erfolg führen können.

Zum Schluss noch eine Anekdote: Ich wollte sichergehen, dass meine Eltern einverstanden sind, dass ich unsere Familiengeschichte hier erzähle, und bat sie um Erlaubnis. Im Gespräch sagte mein Vater mit Stolz, dass er damals sogar den Flug aus

Y. W. Tes Vater im Flüchtlingslager in Thailand (1978).
Quelle: Y. W. Te privat



Alle drei Brüder Te (2020). Quelle: Y. W. Te privat



dem Flüchtlingslager in Thailand in die Schweiz zurückbezahlt habe und für den Unterhalt der ganzen Familie immer selbst aufgekommen sei.

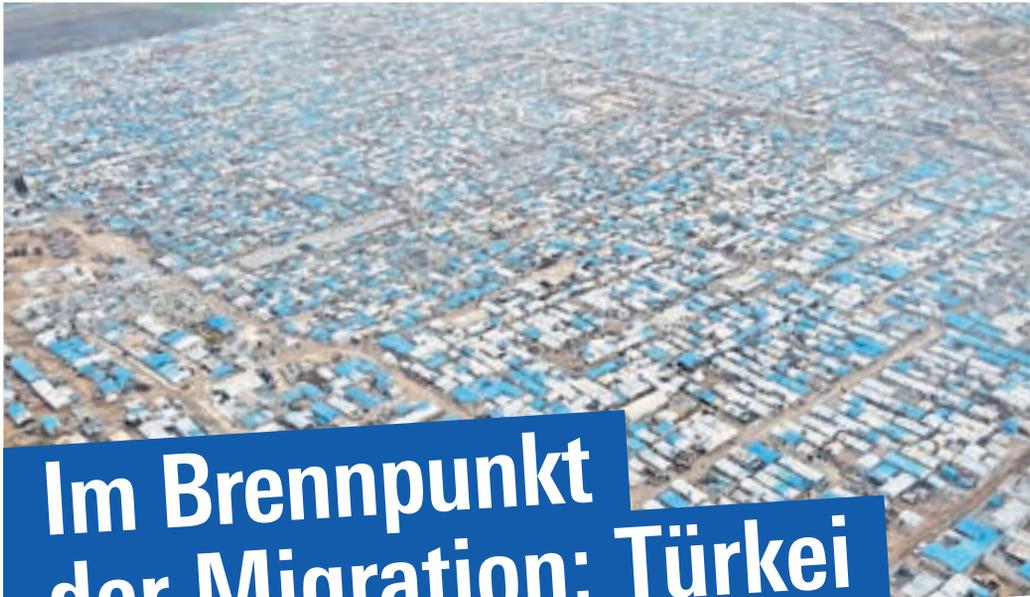
Nun liegt es an uns, der FDP, die Asylpolitik in die richtigen Bahnen zu lenken, damit auch zukünftige Generationen auf ähnliche Erfolgsgeschichten zurückblicken können.

ywt, Unterengstringen, 08. Oktober 2024



Yiea Wey Te, Zürcher FDP-Kantonsrat

Flüchtlingslager syrischer Flüchtlinge an der türkischen Grenze (2020), Bild: iStock, News Cameraman Video Journalist



Im Brennpunkt der Migration: Türkei

Zwischen Gastfreundschaft und Überlastung

Die Türkei an der Brücke zwischen Asien und Europa war seit jeher Durchgangsland für viele Völker und Stämme. Sie spielt auch eine zentrale Rolle in der illegalen Migration. Doch nicht nur diese macht dem Land zu schaffen.

Flüchtlinge als Pfand

Besonders akut war die Situation 2015. Da konnten wir auch an unseren Stränden Schlauchboote beim Ablegen beobachten. Ein Abkommen von 2016 zwischen der EU und der Türkei sieht vor, dass Asylsuchende, die nach dem Transit durch die Türkei auf den griechischen Inseln in der Ägäis in den EU-Raum gelangen, wieder in die Türkei

abgeschoben werden. Im Gegenzug sagte die EU zu, schutzbedürftige Personen aus der Türkei aufzunehmen. Zudem versprach die EU bis Ende 2018 sechs Milliarden Euro für Projekte in der Grundversorgung, Gesundheit und Bildung für Flüchtlinge zu. Im Juni 2021 sagte sie weitere drei Milliarden Euro zu. Die Zahl der illegalen Migranten ist seither massiv zurückgegangen. Gleich-



Migrationswege in die und aus der Türkei. Bild: iStock, PeterHermesFurian

zeitig hat die türkische Regierung mit ihnen eine Art Pfand in der Hand, um weitere Leistungen der EU zu fordern.

Die grosse Herausforderung für die Türkei sind aber die 3,2 Millionen Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Die meisten leben nun schon seit Jahren in schwierigen Verhältnissen im türkischen Grenzgebiet, immer in der Hoffnung, in ihr Heimatland zurückzukehren. Die enorme Belastung der Ressourcen und Infrastruktur lässt die sprichwörtliche türkische Gastfreundschaft schwinden.

Binnenmigration

Ein Teil der syrischen Flüchtlinge genau wie Türken aus den verarmten Gegenden in Ostanatolien versuchen ihr Glück zunehmend in Istanbul. Dort verrichten sie vor allem Arbeiten im Tieflohnsektor und drücken die Löhne selbst da noch. Für lokale Arbeiter wird es zunehmend schwierig, Geld zu verdienen oder eine Unterkunft zu finden. Zudem verändern ganze Quartiere ihr Gesicht. Wo noch vor Kurzem westliche Kleidung das Strassenbild prägte, sieht man heute vielerorts Leute in ihren traditionellen Gewändern. Freunde von uns berichten, dass sie ihre Stadt kaum wiedererkennen. Sie sind daher wie so viele nach Izmir gezogen.

Zur Binnenmigration hat auch die Erdbebenkatastrophe vom Februar 2023 in der Grenzregion zu Syrien beigetragen. Der Wiederaufbau ist eine gigantische Aufgabe und geht schleppend voran. Von den über 20 Millionen Betroffenen leben heute noch viele Millionen in Trümmern. Es sind aber auch Hunderttausende irgendwo im Land untergekommen. Südlich von Izmir sind ganze Stadtviertel für Ankömmlinge neu gebaut worden.

Exodus der Jungen

Zum Schluss noch ein letzter Strom, der die Türkei noch teuer zu stehen kommen wird. Immer mehr gut ausgebildete junge Leute sehen keine Zukunft in ihrem Land, wo die Wirtschaft stockt. Nach der Hyper-Inflation von knapp 80% im Jahr 2023 liegen wir heute bei gut 55%, was immer noch keine rosigen Aussichten für die wirtschaftliche Erholung verspricht. Wer kann, sucht sich eine Zukunft in Europa oder Nordamerika. Diese Menschen werden fehlen bei künftigen Entwicklungsschritten dieses ach so wunderbaren Landes!



Helen Freiermuth, Izmir, Präsidentin FDP International

100-Jahr-Jubiläum der FDP Schweiz am Gründungsort Olten (1994). Bild: FDP.Die Liberalen Schweiz



130 Jahre FDP

Liberalismus für die kommende Generation

Seit 130 Jahren gestaltet die FDP die Schweiz, wie wir sie kennen. Es ist offensichtlich, dass sich das Schweizer Modell, basierend auf einer florierenden liberalen Wirtschaft, einer niedrigen Verschuldung und einem dynamischen Unternehmergeist, bewährt hat. Wie Jean-Pascal Delamuraz im Jahr 1994 sagte, «spielt der private Unternehmer die zentrale Rolle» in diesem Modell. Er muss die Freiheit haben, zu investieren, zu innovieren und die Schweizer sowie die internationalen Märkte zu erobern.

Doch die heutige Zeit stellt uns vor bedeutende Herausforderungen. Die Versuchung des staatlichen Interventionismus wächst. Die Offenheit der Schweiz wird hinterfragt und die individuelle Freiheit ist bedroht. Wie also können wir die Zukunft des Liberalismus für kommende Generationen sichern?

Die Antwort liegt im Erbe der freisinnigen Ideen. Die Reden unserer ehemaligen Bundesräte, wie jene der Altbundesräte J.-P. Delamuraz und K. Villiger im Jahr 1994, haben auch heute noch grosse Strahlkraft. Sie erinnern uns daran, dass der Liberalismus nicht auf wirtschaftliche Dogmen beschränkt ist, sondern eine echte gesellschaftliche Vision darstellt, bei der individuelle Freiheit untrennbar mit Verantwortung verbunden ist.

Die FDP, Erbin dieser Tradition, hat die Verantwortung, diese Vision zu tragen und auf allen Ebenen des Staates zu verteidigen.

Vergessen wir nicht, wie viel Glück wir haben, in der Schweiz zu leben, einem Land, das für seinen Wohlstand und seine Stabilität beneidet wird. Setzen wir uns mit Überzeugung dafür ein, dass die liberalen Werte weiterhin die Schweizer Gesellschaft durchdringen – von den Gemeinden über die Kantone bis nach Bern. Indem wir diesen Prinzipien treu bleiben, werden wir eine wohlhabende und freie Zukunft für alle bauen.

Mehr Infos, Bilder und die ganzen Reden:
<https://www.fdp.ch/130-jahre-fdp>



Arnaud Bonvin
Kommunikationschef FDP.Die Liberalen Schweiz

Auszüge aus den Reden zum Hundertjahrjubiläum:



**Altbundesrat
Kaspar Villiger**

«Der Staat muss stark bleiben, aber er darf nicht glauben, dem Bürger die Lösung jedes noch so kleinen Problems abnehmen zu müssen. Der allumfassende Hochleistungsstaat scheitert. Er ist nicht finanzierbar, und er erfüllt die Erwartungen nicht, die man an ihn stellt. Deshalb verliert er zwangsläufig an Vertrauen. Nach wie vor sollten wir den Satz von Montesquieu beherzigen: «Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, ist es nötig, kein Gesetz zu machen!»»



**Altbundesrat
Jean-Pascal Delamuraz**

«Der Radikalismus legt die Rolle des Individuums in der Gesellschaft und das Verhältnis zwischen Individuum und Staat in einer Perspektive der Freiheit und geteilten Verantwortung fest. Diese Perspektive schliesst aus unserem Denken den Moloch-Staat, den Wohlfahrtsstaat, den Tyrannenstaat aus. Aber lassen Sie uns absolut klar sein: Diese Perspektive der Freiheit und geteilten Verantwortung schliesst ebenso den schwachen, unbedeutenden, verachtenswerten Staat aus, kein Gesetz zu machen!»



**Ehemaliger
Parteipräsident
Franz Steinegger**

«Unsere vordringliche Aufgabe ist, die schwierige Balance im Verhältnis zwischen Bürger und Staat wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die liberale Bewegung hat die Untertanenverhältnisse beseitigt. Die Fixierung auf den materiellen Vorteil, den man vom Staat erwartet, ist die zeitgemässe Form der Unterwürfigkeit.»

AUS DEM REGIERUNGS RAT

Offensive für unseren Stiftungsstandort

Seit ich Volkswirtschaftsdirektorin bin, setze ich mich für bestmögliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft des Kantons Zürich ein. Denn der Wettbewerb der Standorte wird hart geführt. Will der Kanton Zürich an der internationalen Spitze bleiben, müssen wir zahlreiche Faktoren stärken: Von Investitionen in die Bildung und Forschung über den Aufbau von Innovationsökosystemen bis zur Maximierung des Arbeitskräftepotenzials.

Ein besonders wichtiger Faktor ist dabei das steuerliche Umfeld. Das gilt für das Gewerbe – und das gilt ebenso für den Stiftungssektor. Ich möchte meinem Regierungskollegen Ernst Stocker ein Kränzchen winden: Sein Steueramt hat die Voraussetzungen geschaffen, damit das Stiftungswesen in unserem Kanton wieder florieren kann, indem es einem Paradigmenwechsel bei der Besteuerung von gemeinnützigen Stiftungen zugestimmt hat.

Gemeinnützige Stiftungen sind ein wichtiger – und unterschätzter – Standortfaktor. Zürich ist mit über 2200 Stiftungen, die über 18 Milliarden Franken Vermögen verwalten, der Kanton mit den meisten Stiftungen in der Schweiz. Doch der Trend ging in die falsche Richtung. Die Neugründungen gingen markant zurück und nirgends gab es so viele Liquidationen wie in Zürich. Dem wollte ich Einhalt gebieten – «gouverner c'est prévoir» – und lancierte deshalb die Offensive für den Stiftungsstandort Zürich lanciert.

Dadurch haben wir den Quantensprung geschafft. Stiftungsrätinnen und -räte können nun honoriert werden. Das ist zentral für ein zeitgemässes Stiftungswesen: Die Stiftungsarbeit wird weiter professionalisiert und es wird leichter, engagierte und qualifizierte Stiftungsrätinnen und -räte zu gewinnen und langfristig zu halten.

Bereits nach rund einem Jahr stellen wir fest: Die Offensive zahlt sich aus. Neue Stiftungen kommen in den Kanton Zürich. Der Dialog zwischen dem Sektor und der Politik ist aufgenommen und institutionalisiert. Und in anderen Kantonen reagieren die Parlamente: Wie können wir mit dem Kanton Zürich gleichziehen?

Meine Ambition aber reicht höher, als im interkantonalen Vergleich vorne zu liegen. Ich will, dass der Kanton Zürich der Stiftungsstandort Nummer eins in Europa wird! Die Voraussetzungen sind geschaffen – jetzt gilt es die Gelegenheit zu packen.

Ich bin überzeugt, dass die gemeinnützigen Stiftungen ein positiver Standortfaktor für den Kanton Zürich sind und die Philanthropie eine Kraft zum Guten.



Carmen Walker Späh,
Regierungsrätin FDP Kanton Zürich

AUS DEN ORTSPARTEIEN

Freisinnige Erfolge im Kanton Zürich

In jeder Ausgabe werden Erfolgsgeschichten und Neuigkeiten aus drei Ortsparteien präsentiert. Erfahrt, wie Freisinnige sich für eine steuerfreundliche Gemeindepolitik einsetzen, beim Herbstmarkt präsent sind und mit Charme und Kreativität Zuzügerinnen und Zuzüger willkommen heissen. Habt ihr in eurer Ortspartei eine Erfolgsgeschichte, die ihr gerne teilen möchtet? Meldet euch gerne unter info@fdp-zh.ch.



Ortspartei Thalwil
Bezirk Horgen

Erfolgreiche Podiumsdiskussion zur Senkung der Gemeindesteuern

Am 3. Oktober organisierte die FDP Thalwil einen überparteilichen Anlass, um das Thema Steuersenkung im Vorfeld der Gemeindeversammlung Mitte Dezember zu diskutieren. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg: In der «Chiflete» waren alle Sitzplätze belegt, und Vertreter der FDP, SVP, Grünen und GLP nahmen an der Debatte um den Steuerfuss teil. Die FDP beabsichtigt, dem Gemeinderat eine Reduktion des Steuerfusses um mindestens 2 Prozentpunkte (auf 81) vorzuschlagen. (jka)



Ortspartei Meilen
Bezirk Meilen

«FDP bi de Lüüt»: Vielbesuchter FDP-Stand am Meilemer Herbstmarkt

Am ersten Freitag im September findet der traditionelle Herbstmarkt im Dorfkern von Meilen mit über 100 Marktständen statt. Neben diversen kommerziellen und kulinarischen Angeboten präsentierte sich auch die FDP Meilen an einem Stand. Für die Bevölkerung war dies eine gute Gelegenheit, Behördenmitglieder persönlich kennenzulernen und Anliegen direkt anzubringen. Auch nationale Politik kam nicht zu kurz. In diesem Jahr wurden Flyer und Give-aways zur BVG-Reform verteilt. (jka)



Ortspartei Dürnten
Bezirk Hinwil

Wenn Politik durch den Magen geht: FDP-Guezli am Neuzuzügeranlass

Die FDP Dürnten hat die kälter werdende Jahreszeit zum Anlass genommen und für den Neuzuzügeranlass in Dürnten selbstgemachte FDP-Guezli gebacken und verteilt. Engagierte Mitglieder haben mit viel Liebe zum Detail FDP-Gebäck gestaltet und an die «frischgebackenen» Dürntenerinnen und Dürntener verteilt. Diese kleine Geste soll die Wertschätzung für die Zuziehenden zum Ausdruck bringen und einen ersten positiven Kontakt zur FDP herstellen – mit Erfolg. (tbi)

VERANSTALTUNGEN

Ein Dankeschön an unsere Gemeinde-, Behörden- und Justizvertreter

Die FDP besteht nicht nur aus engagierten Mitgliedern und gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern, auch in der Judikative ist die FDP im Kanton Zürich stark vertreten. Tagtäglich setzen sich über 40 Richterinnen und Richter im Haupt- und Nebenamt für den liberalen Rechtsstaat ein. Einmal im Jahr bedanken wir uns bei unseren Mandatierten mit einem Dankesapéro.



Bild: Geschäftsstelle

ZÜRCHER JUNGFREISINN

Liberal Award 2024: Bundesrat Guy Parmelin für sein Engagement im Freihandel ausgezeichnet

Am Abend des 14. Oktober 2024 wurde in der Brasserie Lipp in Zürich der Liberal Award 2024 an Bundesrat Guy Parmelin verliehen. Er wurde vor knapp 80 Gästen der Jungfreisinnigen Kanton Zürich für den erfolgreichen Abschluss des Freihandelsabkommens mit Indien gewürdigt. Dieses Abkommen bringt viele Gründe zum Feiern: Es eröffnet neue wirtschaftliche Chancen für Schweizer Unternehmen und stärkt die Position der Schweiz in einer globalisierten Welt.

Philippe M. Reich, Vorsitzender der Schweizerisch-Indischen Handelskammer und selbst massgeblich an den Verhandlungen beteiligt, hielt ein Inputreferat. Ihm folgte Lea Sonderegger, Präsidentin der Jungfreisinnigen Kanton Zürich, die die Bedeutung des Abkommens hervorhob: «Es fördert den Wohlstand sowohl für Schweizer als auch

für indische Unternehmen und stärkt die Gesellschaft auf nationaler wie internationaler Ebene.»

Bundesrat Guy Parmelin selbst ergriff das Wort, nahm den Preis dankend entgegen und betonte in seiner Rede die Bedeutung des offenen Handels für die Schweiz. Er berichtete zudem über den Ablauf der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit Indien und erklärte, wie solche Abkommen zustande kommen und ausgearbeitet werden.

Den Abend rundete ein Interview mit der Moderatorin und Publizistin Esther Girsberger ab, die dem Bundesrat einige spannende Fragen stellte, die einen Blick hinter die Kulissen solcher Freihandelsverhandlungen erlaubten.

Hintergrundinformationen zum Preis und zur Verleihung sind auf folgender Website auffindbar: www.liberal-award.ch (PD)

Kolumne FDP Frauen Zürich

Individualbesteuerung



Barbara Angelsberger

Alt Kantonsrätin Bezirk Dietikon und Vorstandsmitglied der FDP Frauen Kanton Zürich

Jede Person in der Schweiz soll eine eigene Steuererklärung einreichen und eigene Steuern bezahlen, unabhängig vom Zivilstand. Dafür war eine knappe Mehrheit am 25. September im Nationalrat. Er hiess eine Vorlage zur Individualbesteuerung gut, als indirekten Gegenvorschlag zu unserer Volksinitiative.

Gemeinsam mit einer Gruppe von FDP-Frauen haben wir die Debatte über die Steuergerechtigkeitsinitiative, eingebracht durch uns FDP-Frauen, persönlich im Nationalratssaal auf der Tribüne verfolgt. Sieben Stunden Diskussion! Was wir in dieser Debatte von gewissen sogenannten Volksvertretern zu hören bekamen, versetzte uns jedoch in Erstaunen. Hier wurde von der Gefährdung der traditionellen Ehe gesprochen, von endlosen zukünftigen Diskussionen mit den Ehefrauen über «Mein und Dein» und davon, dass die lieben Frauen weder die Fähigkeit hätten, ihre Finanzen zu verwalten, noch in der Lage wären, eine eigene Steuererklärung auszufüllen. Frauen haben das Recht auf eine transparente Finanzpolitik im eigenen Haushalt, denn Frauen sind eigenständige Individuen. In der zum Teil hitzigen Diskussion ging es oft gar nicht nur um die Individualbesteuerung an sich, sondern, wie mir schien, um eine diffuse Angst, dass die totale Gleichberechtigung nicht mehr zu bremsen ist.

Unser Anliegen zeigt auch das Problem einer verschleppten Digitalisierung der Bundesverwaltung. Die Furcht um die Verarbeitung einer doppelten Menge an Steuererklärungen darf aber keinesfalls als Ausrede dienen, um am Status quo festzuhalten. Es ist an der Zeit, diesen Weg professionell und zügig zu beschreiten – und das nicht nur bei den Steuererklärungen. Ich bin überzeugt: Ein weiterer Schritt zur Gleichberechtigung ist die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen. Alle anderen Probleme sind lösbar und rütteln wohl kaum an den persönlichen Werten jeder Ehe, nach der Devise «Liebe sollte doch grenzenlos sein».

Bild: iStock, Micha Steinmann



Mietrechtsanpassungen

Für faire Regeln und gegen Missbrauch

Die beiden Mietrechtsvorlagen zur Untermiete und zum Eigenbedarf sorgen für faire und klare Regeln, schaffen Rechtssicherheit und schützen vor Missbrauch. Davon profitieren insbesondere auch Mieterinnen und Mieter.

Am 24. November 2024 stimmen wir über zwei Änderungen des Mietrechts im Obligationenrecht ab. Die eine Vorlage betrifft die Untermiete, die andere den Eigenbedarf des Eigentums. Beide Vorlagen betreffen nur einen kleinen Teil der Mietverhältnisse. Sie schaffen aber faire und klare Regeln und bieten Lösungen für störende Einzelfälle, unter denen heute sowohl die Eigentümerschaft als auch die Mieterschaft sowie weitere Mietparteien im gleichen Gebäude leiden.

National- und Ständerat haben im September 2023 zwei Anpassungen des Obligationenrechts im Bereich des Mietrechts verabschiedet. Der Mieterverband hat am 16. Januar 2024 die nötigen Unterschriften für ein Referendum eingereicht und führt unter dem Slogan «Nein zum Angriff auf das Mietrecht» eine polemische und faktenferne Gegenkampagne.

Untermiete

Was bleibt gleich? Mieter dürfen eine Mietwohnung oder ein Geschäftslokal weiterhin ganz oder teilweise untervermieten. Zum Beispiel, wenn sie einen Auslandsaufenthalt planen und danach in ihre Mietwohnung zurückkehren wollen. Oder wenn sie als Hauptmieter eine WG bilden möchten.

Was ändert sich? Wenn ein Mieter seine Wohnung untervermieten will, muss er künftig ein schriftliches Gesuch stellen und eine schriftliche

Zustimmung des Vermieters einholen. Neu muss der Vermieter einer Untervermietung, die länger als zwei Jahre dauert, nicht zwingend zustimmen. Die Untermiete bleibt aber weiterhin auch für Zeiträume über zwei Jahre möglich – Mieter und Vermieter sind nämlich frei, einvernehmlich abweichende Regelungen zu vereinbaren.

Warum sind diese Änderungen wichtig? Indem man Abmachungen schriftlich festhält und Kriterien verbindlich definiert, schaffen wir Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Diese Lösung ist daher für Mieter und Vermieter vorteilhaft. Auch die Untermieter profitieren von diesen neuen Bestimmungen. Sie bieten mehr Rechtssicherheit und schützen sie vor Missbrauch und Willkür.

Eigenbedarf

Was bleibt gleich? Die Rechte der Mieter werden nicht geschmälert. Mieter haben weiterhin das Recht, die Kündigung, auch bei Eigenbedarf, anzufechten und ein Erstreckungsgesuch zu stellen. Die Schlichtungsbehörde überprüft weiterhin die Zulässigkeit der Kündigung und die Möglichkeit der Erstreckung kostenlos.

Was ändert sich? Die heutigen Anforderungen an die Beweisführung für eine Kündigung wegen **dringenden** Eigenbedarfs sind unpräzise. Im Gesetz soll deshalb die Formulierung «dringender Eigenbedarf» durch «bedeutender und aktueller Eigenbedarf» ersetzt werden. Diese vorgeschlagene

Änderung beschlägt also nur die wenigen vom Gesetz vorgesehenen Fälle, wo eine Dringlichkeit des Eigenbedarfs vorausgesetzt ist. Insbesondere erleichtert es Personen, die eine bisher vermietete Wohnung oder ein Geschäftslokal kaufen, ihr Eigentum innerhalb einer vernünftigen Frist auch tatsächlich selbst nutzen zu können.

Warum sind diese Änderungen wichtig? Die Unsicherheiten bei der Definition der Dringlichkeit eines Eigenbedarfs werden beseitigt und durch eine klarere Formulierung ersetzt. Die Mietrechtsvorlage zum Eigenbedarf gewährleistet eine faire Interessenabwägung und liegt damit im Interesse von Mietern und Vermietern. Und die Mieter haben weiterhin das Recht, Entscheide vor Gericht anzufechten.

Aus obigen Gründen bitten wir Sie, den Mietrechtsänderungen am 24. November 2024 zuzustimmen.

JA zu den beiden Mietrechtsvorlagen



Patricia von Falkenstein,
Nationalrätin LDP Kanton Basel-Stadt

Dank medizinischem Fortschritt lassen sich immer mehr Behandlungen und Eingriffe ambulant durchführen.
Bild: iStock, gorodenkoff



Kosten sparen, Versorgung verbessern

Ja zur einheitlichen Finanzierung

Am 24. November 2024 haben wir die Chance, an der Urne der einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen zuzustimmen und damit Ja zu einer Reform im Gesundheitswesen zu sagen. Eine Mehrheit der Parteien, Verbände und Organisationen steht hinter dieser Vorlage. Auch die Konferenz der Kantonsregierungen und der Schweizerische Gemeindeverband sagen Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen. An der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tenero vom 19. Oktober 2024 wurde die Vorlage ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen stetig, die Krankenkassenprämien belasten das Haushaltsbudget. Dennoch wollen wir uns zu Recht eine hochstehende Gesundheitsversorgung leisten, die Gesundheit ist wichtig. Dank medizinischem Fortschritt lassen sich immer mehr Behandlungen und Eingriffe ambulant durchführen. In den umliegenden Ländern und weltweit werden heute viel mehr ambulante Eingriffe durchgeführt als in der Schweiz. Bei uns geschieht dies nur zögerlich, weil die finanziellen Anreize falsch gesetzt sind.

Aus folgenden Gründen sind ambulante Behandlungen sinnvoll: Sie sind kostengünstiger und weniger personalintensiv. Letzteres ist gerade in Zeiten des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen ein wesentliches Argument. Weiter treten bei ambulanten Behandlungen weniger Infektionen durch Spitalkeime auf, welche unter Umständen gefährliche Komplikationen nach sich ziehen. Nicht zuletzt entspricht es oft auch dem Patientenwunsch, nur kurz im Spital zu verweilen und möglichst rasch in den eigenen vier Wänden zu genesen.

Finanzierungsmodelle der Gesundheitskosten und ihre Folgen

Ambulante Leistungen werden heute zu 100% von den Krankenkassen bezahlt – stationäre hingegen nur zu 45%, die restlichen 55% übernimmt der Kanton. In der Pflegeleistung sind die Kosten ungefähr hälftig aufgeteilt. Dieser Fehlanreiz führt zu unnötigen Hospitalisationen und höheren Behandlungskosten ohne Steigerung der Behandlungsqualität. Neu sollen medizinische Leistungen mit einem konstanten Finanzierungsschlüssel bezahlt werden, unabhängig von der Behandlungsart. Dadurch richtet sich der Entscheid einer Behandlungsart rein auf die medizinische Notwendigkeit. Versorgungsketten sowie koordinierte Versorgung können gestärkt werden, so dass bei den Gesundheitskosten jährlich insgesamt bis zu 440 Millionen. Franken eingespart werden können.

Was geschieht mit den Gesundheitskosten ohne Reform?

Dank medizinischem Fortschritt würde sich der Trend zur ambulanten Medizin auch nach einem

«Mit dieser Vorlage wird eine langjährige Forderung umgesetzt, welche eine echte Reform im Gesundheitswesen bedeutet.»

Nein zur einheitlichen Finanzierung fortsetzen. Die Kosten im Gesundheitswesen würden damit weiterhin zu den Krankenkassen verschoben. Weitere übermässige Prämienschübe wären vorprogrammiert.

Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen

Meine Meinung ist klar: «Mit dieser Vorlage wird eine langjährige Forderung umgesetzt, welche eine echte Reform im Gesundheitswesen bedeutet, Kosten spart und die Qualität hoch hält. Deshalb stimme ich am 24. November aus Überzeugung Ja zur einheitlichen Finanzierung.»

JA zur einheitlichen Finanzierung!



Bettina Balmer,
Kinderchirurgin und Nationalrätin ZH

Für eine Schweiz, die vorwärtskommt

Leistungsfähige Autobahnen ohne Stau

Die Nationalstrassen machen nur 3% des gesamten Strassennetzes aus, nehmen aber rund 40% des Personenverkehrs und etwa 70% des Güterverkehrs auf. Autobahnen sind also hoch effiziente und effektive Verkehrsinfrastrukturen.

Jährlich stehen wir rund 49 000 Stunden im Stau, was die Volkswirtschaft gegen drei Milliarden Franken kostet. Seit 1990 hat sich der Verkehr verdoppelt. Ohne Massnahmen wird bis 2040 ein Viertel der Nationalstrassen überlastet sein. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig zu investieren, damit die Verkehrswege für Personen und Güter weiterhin funktionieren. Besonders in den Agglomerationen und Städten ist es zentral, dass die untergeordneten Strassennetze funktionieren, was den öffentlichen Verkehr sowie den Nahverkehr stärkt.

Das Ziel ist es, den Verkehr auf die Autobahnen zu lenken und die anderen Strassen zu entlasten, damit Fussgänger und öffentliche Verkehrsmittel ungehindert zirkulieren können. Wenn die Nationalstrassen dauerhaft verstopft sind, geht das zu Lasten aller Verkehrsteilnehmer.

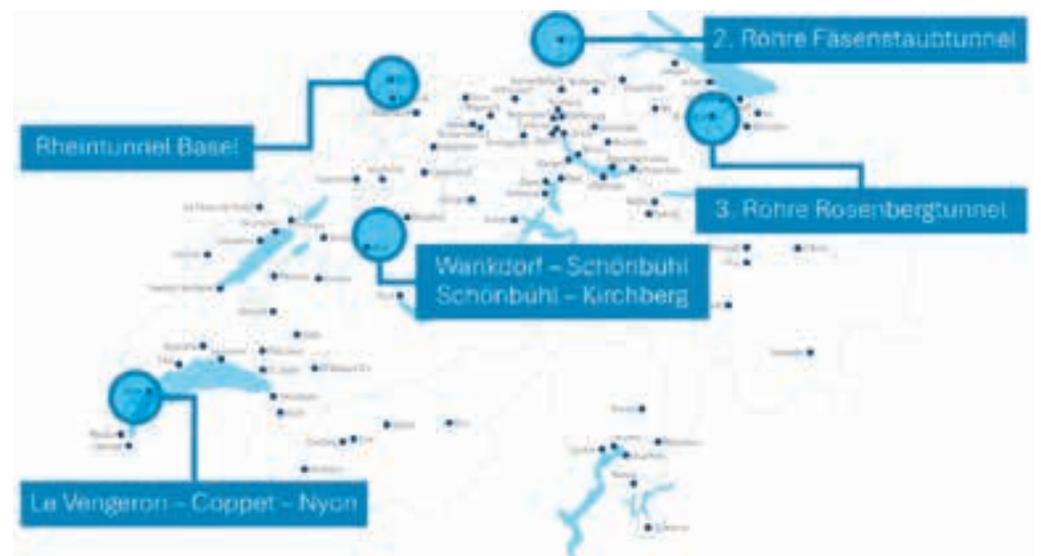
Mit der Abstimmung über die Weiterentwicklung der Nationalstrassen, wird eine intelligente und clevere Verkehrspolitik weitergeführt. Wer steht schon gerne im Stau? – Niemand! Stattdessen ist es sinnvoll, punktuell gezielte Projekte zu realisieren, um den Verkehrsfluss auf den Autobahnen zu verbessern. Ein Beispiel ist die Eröffnung des dritten Tunnels am Baregg. Seit der Eröffnung hat der Verkehr dort nur mässig zugenommen, aber der Verkehrsfluss hat sich verbessert.

Dasselbe gilt für den Ausbau der Autobahnstrecke zwischen Härkingen–Gunzgen–Wiggertal. Der Verkehrsfluss konnte massiv gesteigert werden. Das Verkehrschaos aufgrund zu geringer Kapazität gehört der Vergangenheit an. Seit Inbetriebnahme der sechs Spuren ist das Verkehrsaufkommen konstant geblieben, aber der Verkehr verläuft heute problemlos. Die Kantonsstrassen wurden in beiden Fällen ebenfalls entlastet.

Ein aktuelles Beispiel für die Entlastung der übrigen Strassen ist der Gubrist-Tunnel:

Seit der Eröffnung der neuen Röhre am Gubrist hat sich der Verkehr auf der Kantonsstrasse um 20% reduziert.

Das ist eine klare Winwin-Situation: einerseits für diejenigen, die auf der Nationalstrasse flüssig vor-



Abstimmungsprojekte vom 24. November 2024.

ankommen, und andererseits für die Anwohner, die weniger Verkehr auf der Kantonsstrasse vorfinden.

Engpässe beseitigen

Engpässe gibt es überall in der Schweiz, von der Romandie bis in die Ostschweiz. Bei der Abstimmung über den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen geht es darum, die gravierendsten Engpässe der Stufe drei zu beheben. Das umfasst Umfahrungen von Stadtzentren und Orten ohne alternative Routen.

- 6 Projekte
- 3 Tunnelprojekte
- 0 Kilometer neue Strasse
- 8 Hektaren Bedarf an Fruchtfolgefächern, was etwa 11 Fussballfeldern entspricht
- 0,0017% der gesamten Fruchtfolgefächern der Schweiz
- 5,3 Milliarden CHF für Erweiterungsprojekte
- 8,8 Milliarden CHF für Unterhalt

Die einzelnen Projekte in der ganzen Schweiz sind in der Grafik oben zu sehen. In der Summe ergibt sich ein äusserst wichtiges und stimmiges Investitionsprogramm für die gesamte Schweiz.

Wer Strassen zweckmässig baut, steht weniger im Stau.

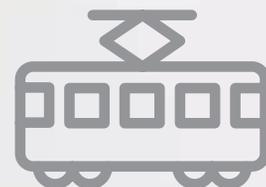
Es geht nicht darum, Strasse und Schiene gegeneinander auszuspielen, wie es linke und grüne Vereinigungen und Parteien oft tun, sondern um ein Nebeneinander von Strasse und Schiene, damit die Schweiz vorwärtskommt.

**JA zu leistungsfähigen
Autobahnen ohne Stau!**



Christian Wasserfallen,
Nationalrat BE und Mitglied UREK-N

Für eine Schweiz, die vorwärtskommt



FDP
Die Liberalen



JA

24. Nov. 2024

**Sicherung der
Nationalstrassen**

zusammen-vorwaertskommen.ch

Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Bild: Gaëtan Bally



Zehn Fragen zum Thema «Schulden und Sparen»

an Bundesrätin Karin-Keller Sutter

1 Wie beurteilen Sie die aktuelle finanzielle Situation der Schweiz auf einer Skala von 1 bis 10 und warum?

Knapp genügend, würde ich sagen. Das wäre wohl zirka Note 4. Einerseits steht die Schweiz im internationalen Vergleich immer noch gut da und kann auch in den nächsten Jahren mit steigenden Einnahmen rechnen. Dank der Schuldenbremse ist auch unsere Verschuldung auf einem vergleichsweise tiefen Niveau. Andererseits steigen die Ausgaben eben noch stärker als die Einnahmen, wenn wir nichts unternehmen. Daher erarbeitet der Bundesrat ein Entlastungspaket, um dieses Ausgabenwachstum so weit zu drosseln, dass der Haushalt ausgeglichen bleibt und der Bund über genügend finanziellen Handlungsspielraum für künftige Herausforderungen verfügt.

2 Was sind kurzfristig und langfristig die Probleme, wenn der Bund weiterhin mehr ausgibt als einnimmt?

Kurzfristig müssten wir jedes Jahr eine Bereinigungsübung machen wie in den Budgets 2024 und 2025, um die Schuldenbremse einzuhalten. Das absorbiert nicht nur viel Energie, sondern betrifft

dann halt immer die wenigen ungebundenen Bereiche wie die Bildung, die Entwicklungszusammenarbeit, die Landwirtschaft und den Eigenbereich des Bundes. Mittel- und langfristig kämen wir wohl nicht um Steuererhöhungen herum – und das in Zeiten, in denen wir mit der OECD-Mindestbesteuerung und mit höheren Mehrwertsteuern für die AHV bereits höhere Abgaben eingeführt haben oder demnächst einführen werden. Stand heute, ist diese höhere Steuerbelastung im Jahr 2027 doppelt so hoch wie die geplanten Entlastungsmassnahmen.

3 Was kann uns der hohe Schuldenbereich Frankreichs als mahnendes Beispiel lehren?

Die hohe und vor allem steigende Verschuldung, nicht nur in Frankreich, sondern auch in den USA und anderen Industriestaaten, ist besorgniserregend und ein grosses Risiko für die weltweite Konjunktur. Einerseits wenden diese Länder enorm viel Geld für die Schuldzinsen auf, das sie für andere Aufgaben und Investitionen dringend benötigten. Andererseits werden sie nicht um dramatische Budgeteinschnitte herumkommen, wenn sie die Schulden abbauen wollen. Das kann zu Unzufriedenheit führen

«Die hohe und vor allem steigende Verschuldung, nicht nur in Frankreich, sondern auch in den USA und anderen Industriestaaten, ist besorgniserregend und ein grosses Risiko für die weltweite Konjunktur.»

«Das Prinzip, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben soll, als man einnimmt, kennt jeder Haushalt.»

und die sowieso schon schwächelnde Konjunktur weiter bremsen. Als kleine, unabhängige Volkswirtschaft tun wir daher weiter gut daran, die Schuldenbremse einzuhalten und uns finanzpolitischen Spielraum für kommende Herausforderungen zu erhalten.

4 Wie würde für Sie die ideale finanzielle Situation des Bundes aussehen?

In einer idealen finanzpolitischen Welt bräuchte es keine Finanzministerin, weil die Politik von sich aus nur so viel Geld ausgäbe, wie der Staat einnimmt. Die Realität sieht aber natürlich anders aus: Geld ausgeben ist im Parlament wesentlich beliebter als Geld nicht auszugeben oder gar zu sparen. Und mit der Pandemie ist auch in breiten Bevölkerungskreisen die Überzeugung gewachsen, dass es der Staat dann schon richten wird, wenn irgendwo etwas fehlt. Vor diesem Hintergrund haben wir eigentlich eine ziemlich ideale Situation: Die Schuldenbremse zwingt uns nämlich, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten und Prioritäten zu setzen. Wenn es sie nicht gäbe, müssten wir sie sofort erfinden.

5 Der Bundesrat möchte den Haushalt vor allem ausgabenseitig entlasten. Weshalb ist er gegen Steuererhöhungen?

Wie ich ausgeführt habe, gibt es bereits Steuererhöhungen im Umfang bis zu sieben Milliarden Franken pro Jahr, ein Grossteil davon im Bereich der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV. Der Bundesrat ist überzeugt, dass weitere Steuererhöhungen schädlich für Wirtschaft und Gesellschaft wären. Zudem steigen die Ausgaben des Bundes in den kommenden Jahren immer noch um zwei Prozent, wenn die Vorschläge des Bundesrats eins zu eins oder im gleichen Umfang umgesetzt werden.

6 Was sind für Sie die überraschendsten Entlastungsmassnahmen des Gaillard-Expertenberichtes zuhanden des Bundesrates?

Ich möchte keine einzelne Massnahme hervorheben. Der grosse Verdienst des Berichts ist es, dass er alle Aufgaben des Bundes inklusive Subventionen und Transferleistungen überprüft und damit Bundesrat und Parlament eine gute Grundlage für das Entlastungspaket geliefert hat. Nun muss die Politik ent-

scheiden, welche Massnahmen sie vollständig oder teilweise umsetzen will. Der Bundesrat hat seine Eckwerte definiert und wird seine definitiven Vorschläge nach der Vernehmlassung verabschieden. Aber am Schluss entscheidet natürlich das Parlament und, falls es ein Referendum gibt, das Stimmvolk.

7 Was erwarten Sie von der Bevölkerung in Bezug aufs Sparen?

Wie gesagt: Wir sparen nicht, sondern wir bremsen das Ausgabenwachstum. Wenn wir diese Botschaft klar genug rüberbringen können, bin ich überzeugt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung hinter einer soliden Finanzpolitik steht. Falls es gelingt, ein ausgewogenes Entlastungspaket mit einer gewissen Opfersymmetrie zu schnüren, sollte auch eine Mehrheit in einer allfälligen Volksabstimmung zu erzielen sein.

8 Wie sehen Sie den Budgetberatungen des Parlaments für das Budget 2025 in der Wintersession entgegen?

Ich mache mich auf intensive, harte Diskussionen gefasst. Zwar hat das Parlament dank leicht höheren Einnahmen etwas mehr Spielraum für einen schuldenbremskonformen Haushalt. Aber es stehen auch Forderungen nach noch höheren Ausgaben für die Armee und andere Bereiche im Raum.

9 Was ist für Sie das zentrale Element an der Schuldenbremse?

Sie ist gleichzeitig einfach und variabel. Das Prinzip, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben soll als man einnimmt, kennt jeder Haushalt. Aber die Schuldenbremse enthält eben auch eine gewisse Elastizität und wirkt antizyklisch: In guten Zeiten muss der Staat Geld zurücklegen und damit Reserven bilden für schlechtere Zeiten. So wird verhindert, dass die Schuldenbremse rezessive Tendenzen noch verstärkt. Und für ausserordentliche Situationen wie zum Beispiel eine Pandemie oder eine Flüchtlingswelle bei einem Krieg erlaubt die Schuldenbremse vorübergehend auch ausserordentliche Ausgaben und damit eine höhere Verschuldung.

10 Denken Sie, die Bevölkerung würde bei einer heutigen Volksabstimmung immer noch so geschlossen hinter der Schuldenbremse stehen wie bei deren Annahme im Jahr 2001?

Ich bin überzeugt, dass eine deutliche Mehrheit noch immer hinter dem Prinzip der Schuldenbremse steht, weil dieses – wie ich vorher gesagt habe – aus dem Leben gegriffen ist. Daher würde ich einer neuen Abstimmung über die Schuldenbremse zuversichtlich entgegensehen, auch wenn die Zustimmung vielleicht nicht mehr ganz so hoch sein würde wie im Dezember 2001.

Nachgefragt

Wie fühlt sich der Alltag nach intensiver politischer Tätigkeit an?

Am meisten freute sich der «Pöschler». Er hatte nicht mehr die beinahe täglich drei Kilogramm Post zu mir nach Hause zu tragen.

Dann folgte eine gewisse Leere. Mich an die Ruhe zu gewöhnen, fühlte sich vorerst an, wie im Zentrum eines Taifuns zu leben. Rundherum tobte der politische Wind weiter.

Glücklicherweise hatte ich mein Steckenpferd, das ich zur Entspannung jeweils bereits zuvor in den Ferien gepflegt hatte: das Schreiben von «Kürzestgeschichten». Zu mehr reichte selbst die Zeit in den Ferien nicht. Heute verfasse ich jede Woche eine Kürzestgeschichte und veröffentliche sie über meine Website.

Als ich mich an meine Schulzeit erinnerte, die immerhin bereits beinahe 75 Jahre her ist, kam mir die Idee, wöchentlich auch einen Dreisatzroman in lyrischer Form zu gestalten.

Wer sich für die Wochengeschichten und die wöchentlichen Dreisatzromane interessiert und diese jeweils am Donnerstag um 22 Uhr gratis und werbefrei in seinem Postfach werbefrei vorfinden will:

www.francois-loeb.com/kurzgeschichten-kostenlos-lesen/geschichten-erhalten/



François Loeb, Nationalrat BE (1987–1999)
Bild: Markus Baumgartner

Wildhaber ist seit 2012 CEO der Filtex AG. Bild: FDP Schweiz, Eveline Würgler



Wie würden Sie die Filtex AG beschreiben?

Die Filtex AG ist ein Traditionsunternehmen in der Textilbranche, das auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurückblickt. Nach dem Ersten Weltkrieg kam mein Urgrossvater als Auslandsschweizer zurück in die Schweiz und gründete die Emil Anderegg AG. Zuerst war diese ein textiles Handelsunternehmen. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg wagten wir den Schritt ins Exportgeschäft und begannen, unsere Produkte über die Grenzen hinweg nach Europa und Skandinavien zu exportieren. In den 50er-Jahren beschäftigten wir über tausend Mitarbeiter und konfektionierten unter anderem Regenmäntel und Regeschirme aus hochdichten Baumwollgeweben. Im Unterschied zu vielen anderen Unternehmen in St. Gallen, die sich auf die Stickerei-Produktion konzentrierten, betrieben wir bereits damals eine eigene Weberei und Stickerei. Dieser Spagat zwischen Produktion und Handel prägt uns bis heute. Die Weberei wurde jedoch in den 80er-Jahren eingestellt und die Stickerei in den 2010er-Jahren. Heute fokussieren wir uns auf die Konfektion von hochwertigen Heimtextilien wie z. B. Vorhängen für den Fach-

handel, bieten Gewebe und Stickereien für den afrikanischen Markt und spezialisierte Lösungen im Rohwarenbereich an.

«Dieser Spagat zwischen Produktion und Handel prägt uns bis heute.»

Seit wann ist die Filtex AG global tätig?

Unsere Expansion nach Übersee begann in den letzten Jahrzehnten und wurde vor allem durch den afrikanischen Markt geprägt. Schon vor 60 Jahren reisten Kunden aus Afrika nach St. Gallen, um bei uns Stoffe für ihre traditionellen Gewänder zu erwerben. In Westafrika hat sich Filtex mittlerweile zu einer Marke etabliert, die in ihrer Präsenz und Beliebtheit mit bekannten Modemarken wie Gucci vergleichbar ist. Zusätzlich zu Afrika haben wir

Verkaufsstellen in Genf und Dubai, um die Nachfrage der Diaspora zu bedienen.

Unsere Produktion läuft in enger Partnerschaft mit Lieferanten. Die Kollektionen werden entweder in Zusammenarbeit mit den Lieferanten oder durch diese selbst produziert. Das ermöglicht uns ein hohes Mass an Flexibilität und Agilität – was in der Textilindustrie von Vorteil ist. Zudem verfügen wir über eines der grössten Design-Archive in St. Gallen, was uns Zugang zu klassischen und zeitlosen Motiven verschafft.

Was hat es mit dem Namen Filtex AG auf sich?

Wir sind stolz darauf, dass unser Name, wenn auch in Form eines Fantasienamens, fest mit unserer Firmengeschichte verankert ist – «Filtex» steht für die Verbindung von Textilien und Export.

Was hat Sie dazu bewegt, 2012 die Führung des Unternehmens zu übernehmen?

Nach drei Jahren bei der Credit Suisse entschied ich, dass die klassische Karriere im Bankwesen für mich nicht das Richtige war. Mein Onkel, der das Unternehmen über 30 Jahre geführt hatte, machte

mir ein Angebot, in die Filtex AG einzutreten und die Familientradition fortzuführen. Ab diesem Zeitpunkt habe ich mir das praktische Handwerk und Wissen rund um den Textilhandel sukzessive erarbeitet. St. Gallen ist heute meine berufliche Heimat, auch wenn ich ursprünglich aus dem Limmatall komme, seit 20 Jahren in der Stadt Zürich wohne und nach wie vor ein Fan des Grasshopper Club bin – das sind eben die zwei Herzen, die in meiner Brust schlagen.

Welche Rolle spielt die Verantwortung für Sie als Unternehmer?

Textilien sind ein volatiles Geschäft, und daher ist es wichtig, unabhängig zu bleiben. Wir sind zu 100 Prozent eigenfinanziert und haben kein Fremdkapital. Wir denken langfristig und sehen uns in der Verantwortung, eine nachhaltige Unternehmenskultur zu fördern. Es wäre unmöglich, in der Textilindustrie Erfolg zu haben, wenn wir nicht in ständiger Weiterentwicklung begriffen wären – sei es durch modische Innovationen, Digitalisierung oder organisatorische Anpassungen.

Welche Werte prägen Sie als Unternehmer?

Einer der Grundwerte unserer Familie und des Unternehmens ist die Verpflichtung, verantwortungsvoll und nachhaltig zu handeln. Unser Handeln wird davon bestimmt, langfristige Beziehungen aufzubauen und uns in unserer Branche kontinuierlich weiterzuentwickeln. Meine Vorväter haben es vorgelebt: Unternehmer sollten vorsichtig agieren, um Risiken zu minimieren und Reserven aufzubauen. Lieber Schritt für Schritt wachsen, anstatt mit fremdem Kapital grosse Risiken einzugehen. Wenn wir scheitern, dann sollen es unsere eigenen Verluste sein – das ermöglicht uns eine gesunde und stabile Finanzierung.

Zudem verfolgen wir einen patronalen Ansatz: Wir denken stets daran, dass wir für unsere Mitarbeiter eine Verantwortung tragen. Unternehmerisch zu handeln, bedeutet für uns auch, nicht nur an das kurzfristige Geschäft zu denken, sondern das Unternehmen im Sinne der nächsten Generationen zu führen.



Was treibt Sie als Unternehmer an?

Mich reizt das Unternehmerische, die Möglichkeit, eigenständig Entscheidungen zu treffen und neue Projekte anzugehen. Vor fünf Jahren gründete ich zusammen mit einer Kollegin und einem Kollegen ein IT-Startup, das Kalkulationen in der Blechverarbeitung um bis zu 90 Prozent beschleunigt. Wir wollten etwas Neues probieren, und es hat uns gezeigt, wie viel Potenzial in unternehmerischer Freiheit steckt. Diese Freiheit ist für mich ein enormer Antrieb – es ist unser eigenes Geld, und wir setzen es für Projekte ein, an die wir glauben. Dasselbe gilt für die Filtex AG, ein Unternehmen mit über 100 Jahren Tradition, das sich jedoch ständig modisch und organisatorisch neu erfinden muss, um relevant zu bleiben. In unserer Branche begegnen wir einer Marktschwankung von bis zu 70 Prozent – das fordert, langfristig zu denken und flexibel zu bleiben.

Was steht auf dem Wunschzettel Ihrer Firma an die Politik?

Im internationalen Vergleich können wir uns nicht beklagen, was die Steuern und Rahmenbedingungen betrifft. Trotzdem gibt es Themen, die uns beschäftigen, wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer. Der aktuelle «Regulierungsdschungel» macht es fast unmöglich, die Anforderungen korrekt zu erfüllen. Eine Rückkehr zu einfacheren Lösungen wäre hilfreich. Von der Steuererklärung, die auf einem Bierdeckel Platz hat, reden wir schon lange nicht mehr.

Welche politischen Veränderungen wünschen Sie sich für die Wirtschaft in der Schweiz?

Ich bin politisch aktiv in der FDP, weil ich der Meinung bin, dass die besten Köpfe und die enga-

giertesten Menschen in dieser Partei zu finden sind. Für mich sind Offenheit und Wachstum entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu sichern. Wir dürfen nicht in Besitzstandswahrung verharren oder uns abschotten. Die Schweiz hat ihre Stärke immer aus ihrer Offenheit und ihrem wirtschaftlichen Austausch mit der Welt gezogen.

Was würden Sie anderen Unternehmern in der Schweiz raten?

Unternehmerisches Handeln bedeutet auch, Grenzen zu erkennen und sich ab und zu gegen ein Projekt zu entscheiden, um Reserven aufzubauen. Banken und Fremdkapital sollten möglichst nur in Massen genutzt werden. Eine gesunde Finanzierung ist die Basis für ein stabiles Unternehmen, und es ist ratsam, organisch zu wachsen und finanzielle Unabhängigkeit anzustreben. Mein Grossvater pflegte zu sagen, dass er viele Unternehmer mit Herzblut ins Verderben laufen sehe, weil sie sich verrennen würden: Wer 100'000 Franken investiert und dann die Hälfte davon verliert, sollte aufhören und nicht wieder neues Fremdkapital aufnehmen. Nichtstun oder Aufhören ist auch eine unternehmerische Entscheidung.



Silvan Wildhaber
CEO und Miteigentümer der Filtex AG und
Präsident der Freunde der FDP

Bild: istock, yannik88



Für einen mutigeren Liberalismus

Mehr Freiheit und Verantwortung

Die Liberalen verkaufen sich unter ihrem Wert. Allzu sehr haben sie sich daran gewöhnt, ihre Anliegen unter Nützlichkeitsaspekten zu begründen. Die Wählerinnen und Wähler hören, dass liberale, marktwirtschaftliche Lösungen besser funktionieren und günstiger zu stehen kommen als planwirtschaftliche. Das stimmt freilich, aber es gilt, dabei das Grundsätzlichere nicht zu vergessen: Das Liberale entspricht besser der Natur des Menschen, denn es ruft ihn in Freiheit und Verantwortung.

Freiheit und Verantwortung sind menschliche Existenziale, also das, was den Menschen zum Menschen macht und ihn vom Tier unterscheidet. Und als Elemente politischer Kultur unterscheiden diese liberalen Kernwerte den mündigen Bürger vom Untertanen. Freiheit und Verantwortung sind nicht nur theoretische Konzepte und politische Leitlinien, welche den ökonomischen Nutzen befördern. Sie schaffen nicht nur Wohlstand, sondern sind vor allem auch ihrem Wesen nach zutiefst menschlich. Die Fähigkeit zum freien Entscheid und dazu, ihn zu verantworten, wurzelt im Grund des Menschseins.

Ich wünschte mir deshalb mehr Liberale, die ihre Anliegen mit angemessenem Pathos vertreten und so die Ehrfurcht vor ihren Werten bekunden. Liberale, die sich nicht bloss als Parteigänger von politischen Postulaten verstehen, sondern das stolze Selbstbewusstsein hegen, Vertreter einer lebensfreundlichen und lebensprägenden Haltung zu

sein. Leuchten will nicht nur die liberale Praxis, sondern auch die liberale Identität.

So sollen Liberale mehr sein als nur Verkäufer besserer politischer Rezepte, sondern explizit auch fürs liberale Menschsein auf die Barrikaden steigen. Denn sie vertreten ein wertschätzenderes Menschenbild als Sozialisten, Kollektivisten, Grüne oder Woke: Der Kollektivismus übergeht das Individuum, linksgrüne «Fürsorge» neigt zu seiner Bevormundung, die ethische Hysterie des Wokeismus schnürt seine Freiheit ein.

Freilich ist Liberalismus anspruchsvoll. Freiheit ist immer auch ein Tasten ins Ungewisse. Die Angst, einer Verantwortung nicht gewachsen zu sein, kann Schwindel auslösen. Andererseits vermag verantwortete Freiheit die hehrsten Gefühle des Menschen anzusprechen. Auf ihrem Feld geht es um Bewährung oder Versagen, Ehre oder Schande, Autonomie oder Knechtschaft. Ist der Anspruch



«Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP»; Wahlplakat der FDP anlässlich der Nationalratswahlen vom 21. Oktober 1979, Quelle: «Schweizerisches Sozialarchiv», F Pb-0004-026.

auch ambitiös, so ist er gerade deshalb auch Ansporn, diese edle Dimension zu leben: das Abenteuer Freiheit!

Dieses Abenteuer verlangt Reife. Ein liberales Gemeinwesen braucht deshalb starke, in sich gefestigte Persönlichkeiten, welche bereit sind, die Zumutungen der Freiheit zu schultern. Solche Männer und Frauen verfügen nicht nur über Fachkompetenzen, sondern über eine breite Menschenbildung. Für sie hat Freiheit auch eine innere Seite: nämlich eine gewisse Freiheit gegenüber sich selbst. Wahrhaftig frei ist, wer nicht nur seine eigenen Interessen und Bequemlichkeiten im Auge hat, sondern über den Tellerrand des Egos hinaussieht. Unter dem Aspekt umfassender Menschenbildung ist es – um ein wichtiges Beispiel zu nennen – misslich, wenn die Schulfächer Geschichte, Literatur, Kunst und Religion an Bedeutungsschwund leiden.

«Ideen – Köpfe – beherzte Taten», mit diesem Slogan warb die FDP Schweiz Ende der siebziger Jahre erfolgreich für sich. Ohne die damaligen freisinnigen Protagonisten zu idealisieren, lässt sich mit Fug sagen: An dieser Parole war etwas dran. Es wäre an der Zeit, ihr Feuer wiederzubeleben!



Ulrich Knoepfel, Mühlehorn (GL), ref. Pfarrer i. R.

KOLUMNE

Ohne Sicherheit keine Freiheit

Freiheit ist die Grundlage unseres Wohlstandes – sie ist mit Leistung verbunden, denn beides gibt es nicht gratis. Unser Wohlstand basiert auf der 1848 neu geschaffenen Freiheit zu forschen, zu wirtschaften, zu erfinden und zu bauen.

Nicht alle können dieselben Leistungen bringen, das gehört zum Wesen der Gemeinschaft. Das Bindeglied zwischen diesen beiden Gruppen ist Respekt, Demut und Verständnis. Das sind unsere Werte.

Das Leben in Freiheit basiert also auf Werten, die nicht in einem Gesetz niedergeschrieben sind, sondern die sozusagen unsere Mentalität ausmachen. Eine Mentalität, die uns quer durch die Schweiz verbindet. Es ist ein unsichtbares kostbares Band, das uns zum Wohl des Landes der Politik Kompromisse abringt und Animositäten überwinden lässt.

Doch dieses feine Band scheint abgenutzt, es ist ausgedünnt und manchmal habe ich das Gefühl, dass es in der nächsten Sekunde reisst – es wäre ein Riss mit fatalen Folgen.

Genau dieses Gefühl habe ich im Rahmen der Beratungen um die Armeebotschaft, ein heikles und für die Schweiz so wahnsinnig wichtiges Geschäft.

So wichtig, dass sich die bürgerlichen Parteien zusammenschließen, um den Zahlungsrahmen für die Armee um vier Milliarden Schweizer Franken für die nächsten vier Jahre zu erhöhen und die Finanzierung zu sichern. Denn in Europa herrscht wieder Krieg – ob es uns passt oder nicht. Und die Schweiz muss sich wappnen, sie darf nicht zur einfachen Beute werden. Doch die Linken schleudern uns entgegen, dass wir «paranoid» seien, die Armee «auf Kosten der Ärmsten auf der Welt aufgerüstet» werde und überhaupt ein «Trachtenverein» sei.

Die Sicherheitsfrage ist unauflöslich mit der Freiheitsfrage verknüpft. Unser Land kann nur in Freiheit bestehen, wenn es seine Souveränität auch militärisch demonstriert. Der Begriff «Dissuasion» bedeutet, den Gegner davon abzuhalten, ein Land anzugreifen, weil der Preis zu hoch wäre. Eine gut ausgerüstete Armee ist also der erste Schritt dazu, einen Angriff zu verhindern und den Frieden – und somit die Freiheit – zu bewahren. Dass diese hart erarbeitete Freiheit im Nationalratssaal als veraltetes Brauchtum dargestellt wird, gibt mir zu denken. Es zieht all jene Dienstleistenden ins

Lächerliche, die ihre Verantwortung wahrnehmen, die in der Kälte draussen als Milizler pflichtbewusst an ihren militärischen Fähigkeiten arbeiten, während sie von gewählten linken Politikern im warmen Ratssaal drin beleidigt werden. Warum?

Ist es Arroganz, Ignoranz oder Unbeholfenheit? Selbstverständlich gibt es sachliche Argumente gegen eine Erhöhung des Zahlungsrahmens der Armee und der Teufel liegt bekanntlich wie immer im Detail. Aber Respekt ist das Mindeste sowie die Fähigkeit, die vom Wahlvolk erwartete Leistung im Ratssaal zu erbringen und sich in die Debatte hineinzuknien – anstatt billige Floskeln aufzuwärmen und ohne Not diejenigen zu beleidigen, die ihre Bürgerpflicht wahrnehmen, Leistung abliefern und das feine Band der Freiheit stärken.



Heinz Theiler, Nationalrat SZ und Mitglied der SiK-N

✓ gegen Missbrauch
✓ für faire Regeln

2xJA zum Mietrecht
mehr-wohnraum.ch

am 24. November



**Prämienzahlende
endlich entlasten!**

Kosten senken, Versorgung stärken.



Regine Sauter
Nationalrätin FDP ZH

«Die Fehlanreize im Gesundheitswesen verteuern das System. Heute werden Leistungen erbracht, die den Patientinnen und Patienten keinen Nutzen bringen. Die Reform packt dieses Problem an. Damit werden Kosten gesenkt und die Versorgung gestärkt.»

www.einheitliche-finanzierung.ch

**+
ja** 24. November
**zur einheitlichen
Finanzierung**